



Gemeinderatsnachrichten

Der Gemeinderat hat die Leistungsvereinbarung mit fabe (Familien- Paar und Erziehungsberatung) Basel erneuert. Fabe hat eine Aussenstelle in Laufen und bietet den in Grellingen wohnenden Schülern, Jugendlichen und Eltern eine niederschwellige Beratung an. Die Leistungen werden einkommensabhängig verrechnet. Die Gemeinde übernimmt einen Teil der Beratungskosten.

Der Gemeinderat unterstützt die Stellungnahmen des Vereins Birsstadt und dem Komitee N18 zur nationalen Vorlage «Verkehr '45». Dabei werden die regionalen Bedürfnisse in den Vordergrund gestellt, wie die bestehenden Engpässe, Unfallschwerpunkte und Belastungen der Ortszentren entlang des Korridors Basel–Delémont; die zeitgerechte Realisierung der S-Bahn-Haltestelle Dornach–Apfelsee und der Durchmesserlinie Basel; eine höhere Priorisierung der Sanierung des Knotens Angenstein beziehungsweise des Muggenbergtunnels oder die Mitfinanzierung der Velovorzugsrouten Birsstadt Ost und West.

Der Gemeinderat hat beschlossen, per 1.1.2027 der Energie-Region Birsstadt, einer Arbeitsgruppe des Vereins Birsstadt, beizutreten.

Die Energie-Region Birsstadt bearbeitet gemeindeübergreifend Themen in den Bereichen Energie, Umwelt und Mobilität. Die Zusammenarbeit erfolgt auf einer fachlichen und einer politischen Ebene. Zu den bisherigen Themen und Projekten gehören unter anderem die Wärmetransformation, die Elektromobilität, Pick-e-Bike, die Solar- und Dämmoffensive sowie die Abfallbewirtschaftung. Ziel der Zusammenarbeit ist es, die Wirkung der beteiligten Gemeinden in den Bereichen Energie, Umwelt und Mobilität zu verbessern, ihre Einflussnahme auf regionaler Ebene zu stärken, den Erfahrungsaustausch zu fördern und gemeinsame Aktivitäten zu koordinieren. Die Mitgliederkosten betragen CHF 1.00 pro Einwohnerin und Einwohner. Die politische Vertretung wird durch Gemeinderat Rudolf Gitzi, die fachliche durch Baukoordinator Marcel Leutwyler wahrgenommen.

Der Gemeinderat unterstützt die Einführung von Tempo 30 auf dem Bahnweg zwischen dem Ortsbeginn und der Einmündung in die Bahnhofstrasse. Auf dem Ziegler Areal kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen aufgrund von manövrierenden Lastwagen, die auf den relativ schmalen Bahnweg fahren. Eine Temporeduktion von 50 km/h auf 30 km/h würde zur Sicherheit beitragen. Zudem wäre dann der gesamte Bahnweg mit der gleichen Geschwindigkeit befahrbar. Auf Dugginger Seite ist Tempo 30 schon eingeführt.

Der Antrag wurde an die kantonale Sicherheitsdirektion zur Prüfung eingereicht.

Der Bund führt per 2. November 2026 die biometrische Identitätskarte ein und überträgt die Verantwortung dafür den kantonalen Passstellen. Damit dürfte die nicht-biometrische Identitätskarte, bei der die Gemeinden bisher zur Entgegennahme der Anträge verpflichtet sind, voraussichtlich stark an Bedeutung verlieren. Mit der vorliegenden Revision der kantonalen Ausweisverordnung liegt es fortan im Ermessen der einzelnen Gemeinden, zu entscheiden, ob sie weiterhin Anträge für nicht-biometrische Identitätskarten entgegennehmen oder nicht.

Der Gemeinderat unterstützt die Anpassung der kantonalen Ausweisverordnung und bietet nach wie vor den Bezug von nicht biometrischen ID's auf der Verwaltung an.

Auch bei der Vernehmlassung betreffend die Teilrevision des Bildungsgesetzes schliesst sich der Gemeinderat dem VBLG an und lehnt den Vorschlag des Kantons ab. Diese sieht vor, nach Darstellung des Regierungsrats, dass das Trägerschaftsprinzip im Bereich der Sonderschulung konsequenter umgesetzt werden soll. Ausgangspunkt dafür bildet die heutige, unterschiedliche Kostenverteilung je nach Schulungsform und auch Schulort.

Die Vorlage sieht unter anderem eine grundlegende Änderung bei der Finanzierung der separativen Sonderschulung vor. Während der Kanton die entsprechenden Kosten heute vollständig trägt,



sollen die Wohngemeinden künftig die Kosten des sogenannten Grundangebots und der Spezialen Förderung mit einem pauschalierten Beitrag abgelten. Der Kanton soll künftig nur noch die darüberhinausgehenden «Zusatzkosten der Sonderschulung» tragen. Vorgesehen sind nach heutiger Berechnungsgrundlage Beiträge von CHF 11'500 pro Kind im Kindergarten und CHF 15'400 pro Kind in der Primarschule.

Die vorgesehene Entlastung des Kantons von rund CHF 6,7 Mio. pro Jahr führt zu einer entsprechenden Mehrbelastung der Gemeinden, obwohl die Sonderschulung in der Trägerschaft und wesentlichen Entscheidungskompetenz des Kantons liegt.

Der Gemeinderat hat der Firma Anliker AG den Auftrag für die Ausführung der Baumeisterarbeiten des Erweiterungsbaus Primarschulhaus zum Betrag von CHF 326'637.80 inkl. MwSt. vergeben.

Der Gemeinderat hat zwei Abschlusskredit zur Kenntnis genommen:

Das Projekt «Gemeindehaus, Schliessanlagen» wurde gegenüber dem bewilligten Kredit von CHF 70'000.- mit den effektiven Kosten von CHF 75'929.95 abgerechnet.

Das Projekt «Mehrzweckhalle; Brandschutzmassnahmen» wurde gegenüber dem bewilligten Kredit von CHF 102'000.- mit den effektiven Kosten von CHF 98'943.- angerechnet.

Micheal Kiefer wurde als neues Mitglied in die Arbeitsgruppe Prävention gewählt. Der Gemeinderat wünscht ihm viel Freude bei der neuen Herausforderung.

13. Oktober 2026